

Bayr: Ausländische Direktinvestitionen brauchen verbindliche Regeln und Pflichten**Utl.: Investitionsschutzabkommen "nicht per se gut oder schlecht" - Frage der Ausgestaltung =**

Wien (SK) Eine "humanistische Grundhaltung, deren Ziel ein nachhaltiges Leben in Würde, Gesundheit und Wohlstand aller Menschen sein muss, stünde Österreich und der EU nach wie vor gut zu Gesicht", erklärte die entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ, Petra Bayr, Mittwoch im Rahmen einer parlamentarischen Enquete zum Thema "Ziele und Inhalte zukünftiger Investitionsschutzabkommen". Der Ruf nach multi- bzw. bilateralen Investitionsschutzabkommen reihe sich seit Mitte der achtziger Jahre nahtlos in eine neoliberale Globalisierungsstrategie, deren Resultat der systematische Verlust staatlicher Steuerungsmöglichkeiten war und ist. Die proklamierte Logik, wonach ausländische Direktinvestitionen zu Wirtschaftswachstum und damit zu Arbeitsplätzen und steigendem Reichtum führen würden, habe sich nachweislich als falsch erwiesen.

Insbesondere die

Entwicklungsländer leiden unter dieser Entwicklung, so Bayr, die einen konsequenten Paradigmenwechsel unter Einschluss verbindlicher internationaler Regeln und Pflichten für Investoren einforderte. ****

Von der neoliberalen Globalisierungsstrategie hätten weltweit einige wenige multinationale Konzerne profitiert. Deren Verhalten müsse durch rechtsverbindliche Regeln mit sozialen und ökologischen Standards reguliert werden können, so Bayr. Aus entwicklungspolitischer Perspektive sei es nicht hinnehmbar, dass weitestgehende Freiheiten für Investoren mit "Entwicklung" gleichgesetzt würden. Als konkreten Nutzen von Investitionsschutzabkommen definierte die SPÖ-Abgeordnete aus diesem Grund deren konkreten Beitrag zur globalen Entwicklung. Dabei müsse die Armutsbekämpfung, das Recht auf ein menschenwürdiges Leben und eine intakte Umwelt im Vordergrund stehen. "Investitionsschutzabkommen sind nicht per se gut oder schlecht", so Bayr, es komme einfach auf deren konkrete Ausgestaltung an. Und dazu gehöre der Kampf gegen den schädlichen Steuerwettbewerb zwischen den Staaten ebenso wie die Formulierung konkreter Bedingungen an Investoren, völlige Transparenz der Beziehungen von Wirtschaft und Politik, so Bayr abschließend. (Schluss) ps/mm

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ

Tel.: (++43-1) 53427-275

<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***